

## Die Rückständigkeit der politischen Strukturen

Die »Krise der Politik« ist nicht der Globalisierung an sich geschuldet, sondern der Organisation der Politik. Weltwirtschaft und -gesellschaft haben sich in den vergangenen zwei Dekaden nachhaltig verändert, die Institutionen der Politik sind nicht »nachgewachsen«; ihr Beharrungsvermögen ist (zu) groß; es mangelt an institutionellen und politischen Innovationen. Die Weltgesellschaft ist in diesem Sinne »untersteuert«, institutionell unter- bzw. fehlentwickelt:

Die Kluft zwischen der internationalisierten Ökonomie, globalen Umweltgefährdungen, grenzüberschreitenden Problemen (wie Migration, Kriminalität, Wald- und Artensterben) auf der einen Seite und der weitgehend territorialstaatlichen Fixierung des politischen Handelns auf der anderen Seite wächst (Reinicke 1998). Konstitutive Koordinaten unseres politischen Denkens werden von der Realität in Frage gestellt oder überholt:

▶ Während innen- und außenpolitisch orientierte politische Institutionen klar voneinander getrennt sind und zwei unterschiedlichen politischen »Communities« angehören, verschwimmen de facto die Grenzen zwischen Innen- und Außenpolitik, weil Probleme zunehmend grenzüberschreitenden, nicht selten gar globalen Charakter haben: das Problem von Steuersenkungswettläufen infolge des Standortwettbewerbs und das Problem der Besteuerung von Kapitaleinkommen (mit der Folge einer schrumpfenden Steuerbasis in vielen Ländern) aufgrund der Liberalisierung der internationalen Finanzmärkte, betrifft unmittelbar die nationale Fiskalpolitik, innerstaatliche Sozialbeziehungen und zugleich das Verhältnis zu anderen Gesellschaften; lokale und nationale Umweltprobleme haben oft grenzüberschreitende Wirkungen oder »externe« Ursachen; Fragen des innergesellschaftlichen sozialen Ausgleichs sind mit Interessenkonflikten verwoben, die sich z. B. aus internationalen Entwicklungsdisparitäten ergeben (Stichworte: Sozial- und Umweltdumping im Welthandel, Brock 1997). Angesichts dieser Trends stellt auch die in der Wissenschaft noch dominante Trennung in Innenpolitik und Außenbeziehungen einen analytischen Hemmschuh dar. Althergebrachte Begrifflichkeiten und Interpretationsmuster, durch die »die Welt«

wahrgenommen wird, aber auch institutionelle Arrangements, die die Richtung der Politik bestimmen, werden durch die Dynamik von Globalisierung, Technologie und weltweiten Märkten entwertet.

- ▶ Welt- und grenzüberschreitende Probleme sind nur durch ein Mehr an internationaler Kooperation lösbar. Wir leben in einem System geteilter Souveränitäten – die Möglichkeiten von Nationalstaaten, die drängenden Zukunftsfragen im Alleingang zu bewältigen, sind begrenzt (Messner/Nuscheler 1997). Das traditionelle Verständnis von »nationaler Souveränität« und eine zu enge Definition »nationaler Interessen« führen angesichts der internationalen Interdependenzbeziehungen in politische Sackgassen und zu Politikversagen (Camilleri/Falk 1992): Zur Stärkung der Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten sind internationale Kooperation, selektiver Souveränitätsverzicht und internationaler Lastenausgleich unabdingbar.
- ▶ Auch das Prinzip der Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten bedarf einer Anpassung an die neuen Verhältnisse zunehmender internationaler Interdependenz. Zum Schutz der Menschenrechte, zur Eindämmung von Bürgerkriegen, zur Bekämpfung internationaler Umweltkrisen, zur Verfolgung von Völkermord, zur Kontrolle der Einhaltung internationaler Vereinbarungen müssen internationale verbindliche Regelwerke und Monitoringsysteme als Grundlage für neue Formen »wechselseitiger Einmischung« (natürlich auch in die Angelegenheiten der Industrieländer, z. B. hinsichtlich der Umsetzung von CO<sub>2</sub>-Reduktionen) geschaffen werden (Debiel/Nuscheler 1997).

Nationale Binnenlogiken müssen angesichts der sich verdichtenden internationalen Interdependenzen immer wieder zugunsten längerfristiger Globalaspekte aufgebrochen werden. Gesellschaften, die diesen neuen Anforderungen nicht gerecht werden, werden mittel- und langfristige zu den Verlierern der Globalisierung gehören.

Die internationalen Organisationen sind (abgesehen von den Bretton Woods Institutionen und der WTO) eher schwache und wenig handlungsmächtige Akteure oder den neuen Herausforderungen nicht gewachsen (wie z. B. der IWF den volatilen internationalen Finanzmärkten). Die Vereinten Nationen konnten ihre Rolle in der Welt-